

# Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Amtsblatt für die

Amtshauptmannschaft, das

Amtsgericht und den Stadtrat zu Dippoldiswalde.

Mit „Illustriertem Unterhaltungsblatt“.

Für die Aufnahme eines Inserats an bestimmter Stelle und an bestimmten Tagen wird keine Garantie übernommen.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne. — Druck und Verlag von Carl Jehne in Dippoldiswalde.

Nr. 274

Montag den 25. November 1918 abends

84. Jahrgang

§ 2 der Bekanntmachung vom 27. Juli 1918 über Beförderung von Vieh — Sächsischer Staatszeitung Nr. 174 vom 29. Juli 1918 — erhält folgenden Zusatz:  
„Wird Vieh auf Beförderungsschein oder als Gepäck oder als Erzeugnis aufgegeben, so ist eine besondere schriftliche Genehmigung der zuständigen Stelle vorzulegen.“  
Dresden, am 18. November 1918. Arbeits- und Wirtschaftsministerium.

## Verordnung, die Einlieferung der Zuckerbezugsausweise durch die Klein Händler betreffend.

Die Klein Händler haben die von ihnen abgetrennten Bezugsausweise der Zuckerartenreihe 11 sowie die Bezugskarten der Reihe 11 spätestens bis zum 25. November 1918 ihren Lieferanten einzuliefern. Die Einlieferung hat unter Einschreiben oder mittels Wertpaket zu geschehen. Bei Nichtbeachtung dieser Bestimmung wird im Falle des Verlustes kein Ersatz geleistet.  
Dresden, am 19. November 1918. Ministerium des Innern.

## Notstandsarbeiten.

Wenn Notstandsarbeiten zur Beschäftigung von Arbeitslosen die sofortige Enteignung von Grundstücken oder Rechten an solchen nötig machen, kann die Einleitung des Dringlichkeitsverfahrens nach § 70 des sächsischen Enteignungsgesetzes vom 24. Juni 1902 beim Ministerium des Innern beantragt werden.

Nach dieser Bestimmung kann die sofortige Entziehung oder Beschränkung von Grundbesitz und von Rechten an Grundstücken vorbehaltlich nachträglicher Feststellung des Gegenstandes der Enteignung und der Entschädigung gegen Sicherheitsleistung des Unternehmers verfügt werden, wenn die sofortige Ausführung eines dem öffentlichen Nutzen gewidmeten Unternehmens zur Abwendung drohender Gemeingefahr erforderlich ist.  
Dresden, den 22. November 1918. Der Staatskommissar für Demobilisierung, Dr. Dehne.

## Wachtung vor den Kunstmalern der Vergangenheit.

Sachsen ist reich an Kunstmalern aus vergangenen Jahrhunderten. Viele von ihnen erinnern an frühere Herrscher des Landes und an nicht mehr bestehende Staatsformen. Unverständliche könnten hieraus Anlaß nehmen, solche Denkmäler zu mißachten oder gar zu beseitigen. Ein Volk aber, das die Förderung und Pflege der Kunst zu den vornehmsten Aufgaben des freien Gemeinwesens rechnet, ist es sich selbst schuldig, auch die Kunstmalern der Vergangenheit wert zu halten und zu hüten.

Wir empfehlen sie daher dem Schutze der Allgemeinheit. Den Schutze der Regierung hat der Volksbeauftragte für das Innere Ministerium zugewandt.  
Dresden, am 24. November 1918. Landesamt für Denkmalspflege, v. Weid.

## Nachtrag zur amtlichen Bekanntmachung über Kriegsgefangenen-Entlöhnung.

Die Kriegsgefangenen erhalten vom 11. 11. 18 ab als Reinverdienst in der Landwirtschaft und Forstwirtschaft mindestens 1.00 M. und im Gewerbe Mindestabfindung 2.00 M. für den Kopf und Arbeitstag. Die Differenz der zu erzielenden Abfindung lt. Rundschreiben vom Mai 1918 Nr. 1078 bis zu der Mindestabfindung von 2.00 M. täglich ist vom Arbeitgeber als freiwillige Zulage zu gewähren und dementsprechend in der Lohnliste einzuführen. Etwas den Kriegsgefangenen vorher höher gezahlte Löhne und Abfindungen sind denselben weiter zu belassen. Verpflegungsgeld ist für die in der Landwirtschaft beschäftigten Kriegsgefangenen nicht mehr zulässig.

Der Soldatenrat.

Kriegsgefangenenlager Tr.-Pl. Königsbräu.

3 A: Binder.

Lange, Major und Kommandant.

## Eine Anstandspflicht gegen den Kaiser.

Dem „Reichsboten“ wird geschrieben:

Es gilt unter allen gebildeten Menschen als Erziehungsmangel, ja als Gefährlichkeit, einen Menschen im Unglück zu verspotten. Vollends Eklatant und Barbarei ist es, dem sterbenden Feinde noch einen Fußtritt zu geben. Darum bedeutet es eine Schande für unser deutsches Volk, wenn j-ht der Kaiser, über dessen Leben, rein menschlich angesehen, die erschütterndste Tragik walte, eine Zielscheibe pöbelhaften Spottes wird. Jeder anständige Mensch, welche politische Stellung er auch immer vertritt, muß sich angewidert fühlen von der Art, wie weiteste Kreise über „Wille“ sprechen und die Jugend auf der Straße Spottlieder auf ihn singt. Selbst ausgesprochene Republikaner, die schon immer des Kaisers Gegner waren, werden nur Verachtung empfinden gegen die elenden Spottlieder, die heute seine Kaiserträne schämen, mit der sie gestern noch gepöbeln haben. Dagegen wird jeder aufrichtige Mann, auch der überzeugte Anhänger der neuen Regierung, Hochachtung haben für jeden, der sich von seinem gekränkten Kaiser noch mit männlicher Würde und ehrlicher Dankbarkeit spricht. Der 30 Jahre lang sein Herzblut daran gesetzt hat, für sein deutsches Volk einzutreten und es vier Jahre gegen eine Welt von Feinden gekämpft hat, — soll der Mann jetzt niemanden mehr haben, der für das Letzte, das ihm geblieben, für seine Ehre, für seinen guten Namen eintritt? Es wäre eine Selbsterniedrigung Deutschlands, wenn es keinen Kaiser j-ht zum Rindergepöhl werden ließe. Die S. und U. Räte haben den Schutz und die Aufrechterhaltung der Ordnung übernommen. Damit erwächst ihnen die Pflicht der Ritterlichkeit und des Anstands gegen ihren gekränkten Gegner,

insichtlich in den Zeitungen kundzutun, daß jeder Spott und Hohn über den Kaiser nicht im Sinne der neuen Regierung, vielmehr eine Selbstbeschmutzung des deutschen Volkes sei. Einen Ruhm wird niemand in der Welt dem Kaiser nehmen können: daß er allzeit vollendete Ritterlichkeit geübt hat. Darum darf er jetzt von denen, die sein Erbe übernommen haben, auch wenigstens ritterlichen Schutz erwarten.

## Vertilgung und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am Freitag wu den in der Hauptversammlung des Stenographenvereins 4 neue Mitglieder aufgenommen, und Herr Martin Ruzmann in Wollenstein wurde zum korrespondierenden Mitgliede ernannt, jedoch der Verein gegenwärtig 76 Damen und Herren als Mitglieder zählt. Nach Vortrag der Kursumberichte durch die Leiter derselben gab der Vorsitzende, Herr Polizeiwachmeister Burkhart, den schon geprüften Kasernenabschluß bekannt, der ein Vereinsvermögen insgesamt von 1483,89 M. ergab gegen 1052 M. im Vorjahre. Als Leiter der Kurse, zu denen sich wieder eine genügende Zahl Teilnehmer gemeldet haben, werden im bevorstehenden Vereinsjahre tätig sein Herr Teichert, Fräulein Anna Schiffer und Fräulein Gertrud Gemeinert. Als Schriftführer wählte man Herrn Dietrich, und Herrn Wachmeister Burkhart gab man für umsichtige Geschäftsführung herzlichen Dank zu Protokoll.

Die Sitzungen in der Zuführung des elektrischen Stromes, die jetzt von Pirna aus erfolgt, scheinen für den bevorstehenden Winter sehr sichtbar werden zu sollen. Nachdem schon am vergangenen Freitag das Licht einige Stunden ausgefällt, verlor es auch am gestrigen Sonntag Spätnachmittag etwa eine halbe Stunde, wie auch am heutigen Montag früh 1/27 Uhr die Freude wieder

ein Ende hatte. Die Aussichten für die Lichtzeit im bevorstehenden Winter sind recht trübe. Mit der Stromzuführung ist es das reine Trauerspiel.

Ein Appell an die Vernunft. Immer wieder muß die Mahnung ergehen, gebt das Papiergeld und Kleingeld heraus! Die Betriebsleitungen sind nicht in der Lage, die Löhne zahlen zu können, wenn jedermann das Kleingeld für sich behält. Es gibt keinen schlimmeren Unverstand als das Papiergeld verstecken. Reich und Staat können soviel Papiergeld nicht herstellen, wie in den letzten Monaten im Publikum verschwunden ist. Die Reichsregierung hat ausdrücklich erklärt, daß sie eine Beschlagnahme von Bankguthaben und Vermögenwerten nicht beabsichtigt.

Bezüglich der Entlöhnung der Kriegsgefangenen verweisen wir auf die Bekanntmachung im amtlichen Teile vorliegender Nummer und möchten strengste Einhaltung der Bestimmungen allen, die Kriegsgefangene beschäftigen, zur Pflicht machen.

Mittlere Niederschlagsmengen (mm oder l auf den qm) und deren Abweichungen von den Normalwerten in den benachbarten Flußgebieten 2. Dekade November 1918. Vereinte Weißeritz: beob. 8, norm. 15, Abwäg. — 7, Wilde Weißeritz: beob. 8, norm. 20, Abwäg. — 12, Rote Weißeritz: beob. 7, norm. 20, Abwäg. — 13, Mügeln: beob. 6, norm. 19, Abwäg. — 13.

In dem Anrufe des Rates der Volksbeauftragten an das deutsche Volk vom 12. November 1918 wird unter Punkt 2 verstanden, daß das Vereins- und Versammlungsrecht künftig in keiner Beschränkung mehr unterliege, auch nicht für Beamte und Staatsarbeiter. Da dieser Aufruf die Kraft eines Reichsgesetzes ausdrücklich für sich in Anspruch nimmt, sind dadurch alle früheren entgegenstehenden

Inserate werden mit 20 Pf., solche aus unserer Amtshauptmannschaft mit 15 Pf. die Spaltzeile oder deren Raum berechnet. Bekanntmachungen auf der ersten Seite (nur von Behörden) die zweigespaltene Zeile 65 bez. 60 Pf. — Tabellarische und komplizierte Inserate mit entsprechendem Aufschlag. — Eingefandt, im redaktionellen Teile, die Spaltzeile 60 Pf.

## Fleischer-Kundenlisten.

Die Anmeldungen zu den Fleischer-Kundenlisten sind bis zum 27. November 1918 unter Abgabe der Kundenausweise zu bewirken.

Die Kundenlisten und die Ausweise hierzu sind von den Gemeindebehörden geprüft spätestens bis zum 29. November 1918 hierher einzuliefern.

Kinder unter 6 Jahren sind in den Ausweisen zur Kundenliste besonders anzuführen und in Abteilung II der Kundenliste A (zur Hälfte zu beliefernde Personen) aufzunehmen.

Für vorübergehend anwesende Personen dürfen keine Ausweise zum Eintrag in die Kundenliste ausgestellt werden.

Bei Hausdurchsichtungen sind sofort die Fleischmarken und die Kundenausweise zur Abänderung bei der Ortsbehörde abzugeben.

Dippoldiswalde, am 23. November 1918.

Der Kommunalverband.

## Entfernung der Leichen aus den Sterbehäusern.

Die Leichen der an ansteckenden Krankheiten verstorbenen Personen, Kinder eingeschlossen, sind unverzüglich nach dem Ableben nach der Leichenhalle zu verbringen und zwar auch dann, wenn nur der Verdacht einer ansteckenden Krankheit vorgelegen hat.

Zwischenhandlungen werden streng bestraft.

Dippoldiswalde, am 23. November 1918.

Der Stadtrat.

## Landeskartoffelarten.

soweit darauf Kartoffeln bis j-ht noch nicht geliefert worden sind, sind umgehend und spätestens bis 3. Dezember ds. Js. im Rathaus, Zimmer Nr. 8 zurückzugeben. Erfolgt Rückgabe nicht bis zu diesem Zeitpunkt, so wird angenommen, daß auf sämtliche Sorten Kartoffeln geliefert worden sind. Der Kartoffelbezug durch die Stadt ist für die kommende Zeit demnach ausgeschlossen.

Dippoldiswalde, am 23. November 1918.

Der Stadtrat.

## Wohnungen

sind im städtischen Mietwohnhaufe an der Rabenauer Straße zu beziehen. Näheres in der Stadtkasse.

Stadtrat Dippoldiswalde.

## Kuhholzversteigerung: Schmiedeberger Staatsforstrevier.

Saßhaus „zur Post“ in Schmiedeberg, 4. Dezember 1918 vormittags 9 Uhr: 2961 ft. Stämme, 1047 ft. Röhde 10/11 cm, 1187 ft. Röhde 12/43 cm, 1954 ft. Verb- und 11915 ft. Reisstangen. Rahlschläge: Abl. 7, 100 und 117. Durchforstungen: Abl. 6, 10, 31, 33, 36, 39, 53 und 82. Einzelhölzer: Abl. 31, 63, 80, 114 und 116. Forstrevierverwaltung Schmiedeberg. Forstrentamt Frauenstein.

Bestimmungen reichs- und landesgesetzlicher Herkunft aufgehoben, also insbesondere des Reichsvertrages vom 19. April 1906 und die sächsische Ausführungsverordnung dazu vom 12. Mai 1908. Nach alledem ist künftig weder die Bildung von Vereinen noch die Einberufung von öffentlichen Versammlungen anzumelden; auch ist es nicht mehr erforderlich, die Vereinsstatuten und die Verzeichnisse der Mitglieder der Vereinsvorstände bei der Polizeibehörde einzureichen. Ebenso sind die Einschränkungen wegen der Versammlungen und der Betätigung der Vereine an Sonn- und Festtagen weggefallen. Endlich unterliegen jetzt auch Versammlungen im Freien und Umzüge keiner Beschränkung mehr als der, daß durch sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit nicht gefährdet werden darf. Hierfür hat der Veranlasser gegebenenfalls selbst Sorge zu tragen.

Der gestrige Totensonntag läßt viele hinaus auf den Gottesacker zu den Gräbern ihrer Lieben. Gleichwie in vergangenen Jahren waren auch diesmal wieder die Gräber reich mit Blumen geschmückt. Zum Gedächtnisgottesdienst in der Nicolikirche hatte sich eine zahlreiche Gemeinde eingefunden und lauschte andachtsvoll den Worten ihres Seelherren.

Herr Lehrer Schüge ist aus dem Felde zurückgekehrt und hat den Unterricht an hiesiger Bürgerschule wieder aufgenommen, nachdem er heute morgen 8 Uhr durch Herrn Schuldirektor Ebert in sein Amt wieder eingewiesen worden war.

Altenberg. Der hiesige Bürgermeister veröffentlicht nachstehende Erklärung: „Verdorbene Heringe sind vor einiger Zeit angeblich an der sogenannten „Zinnkluft“ bei der „Pinge“ gefunden worden und es wurde das Gerücht verbreitet, dieselben seien von der Stadtverwaltung weggeworfen worden. Wir haben nachdrücklich zu erklären, daß jene Heringe von uns nicht stammen. Außer am 12. d. M. hat die Stadt nur einmal und zwar am 20. 9. 1918 zwei Tonnen Heringe zugewiesen erhalten, die am 27. desselben Monats nachweisbar verteilt worden sind.“

Järstenau. Auf Anordnung der Schulbehörde ist die hiesige Schule infolge sehr zahlreicher Erkrankungen an Grippe, die ungefähr die Hälfte der Schulkinder ergriffen hat, auf 10 Tage geschlossen worden.

Glashütte. Unsere Stadtverwaltung ist, wie schon bei Kriegsbeginn durch Einführung von 5-, 10- und 50-Pf.-Papiergeld im örtlichen Verkehr, jetzt wiederum behufs Behebung des Kleingeldmangels durch Ausgabe von größeren Papiergeldzahlungsmitteln als Platzanweisungen auf die hiesige Stadtkasse dieser Kalamität gerecht geworden. Diese Geldscheine zu 1, 2, 3, 5, 10, 20 und 50 M. sind bereits vielfach im Verkehr. Hoffentlich werden diese durch bedachtvollere Behandlung im Verkehr, besonders durch Vermeidung des Zusammenbrechens (Falzens), nicht so bald unsehbar und „teufelhaftig“ wie all das frühere hiesige und auch jetzige Wechselpapiergeld.

Röhlbenbroda. Die Verteilung der zugewiesenen Batter konnte nicht stattfinden, da sie auf der Eisenbahn zwischen Dresden-Neustadt und Röhlbenbroda in „Verlust“ geraten ist.

Borna. Einer Kriegerwitwe wurden, während sie ihrer Beschäftigung als Rechnerin nachging, aus der Wohnung sämtliche Kleidungsstücke und Wäsche im Werte von mehreren tausend Mark sowie ein Geldbetrag von 570 M. gestohlen.

Leipzig. Der Vorsitzende des Soldatenrates, Geschwandner, ist, wie der sozialdemokratischen Freien Presse mitgeteilt wird, verhaftet worden. Er soll sich als Vorsitzender des Soldatenrates Unregelmäßigkeiten haben zu Schulden kommen lassen. Den „S. M.“ zufolge sind Gerüchte im Umlauf, wonach Geschwandner des Mißbrauchs der Amtsgewalt zu Zwecken persönlichen Vorteils sich schuldig gemacht habe. Geschwandner ist erst 25 Jahre alt und von Beruf Ingenieur. — Zur Verhaftung Geschwandners teilt der Vorsitzende des Großen Arbeiter- und Soldatenrates mit, die Verhaftung habe mit den Gerüchten von Unterschlagungen und dergleichen nichts zu tun. Sie sei nur eine vorläufige Schutzmaßnahme gewesen. Geschwandner habe nach einer vertraulichen Sitzung in Dresden Beschlüsse dieser Sitzung entweder aus Fahrlässigkeit oder Absicht Personen mitgeteilt, die außerhalb des Kreises der Arbeiter- und Soldatenräte ständen. — Der Arbeiter- und Soldatenrat hat die Forderung der bürgerlichen Vereine und Verbände, eine Anzahl Vertreter des Bürgertums in den Rat aufzunehmen, abgelehnt.

Reerane. Hier wurden zwei Altenburger Händler verhaftet, die für 12000 M. beschlagnahmten Zwirn bei sich führten, den sie hier die Rolle zu 5 M. verkaufen wollten. Der Zwirn wurde beschlagnahmt.

Baunzen. In Erwartung der hiesigen Regimente aus dem Felde sind sämtliche städtische Schulen geschlossen und zu Massenquartieren hergerichtet worden. Die städtischen Bäder und Volkstänche stehen den Kriegern zur Verfügung, neue Volkstänche sollen zu diesem Zwecke errichtet werden.

### Sigung des Stadtrates zu Dippoldswalde vom 22. November 1918.

1. Es wird Kenntnis genommen von a) den Dankschreiben der Lehrerschaft der Deutschen Mätkerschule und der städtischen Hilfsarbeiterinnen für die ihnen bewilligte einmalige Teuerungszulage, b) dem Ergebnis der am 12. d. M. durch den Spar-Kassenrat vorgenommenen Prüfung der Geschäfts-

führung der Sparkasse, die zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben hat,

c) den Ausführungen des Ratsvorsitzenden zu den neuerdings eingegangenen Vorschriften über Wohnungsfürsorge, besonders zu den Bestimmungen des Bundesrats über die Gewährung von Baukostenzuschüssen aus Reichsmitteln, zu denen landesgesetzliche Ausführungsbestimmungen zu erwarten sind,

d) den Mitteilungen des Ratsvorsitzenden über den Stand der Kartoffelversorgung.

2. Es wird beschlossen,

a) der Ablehnung einer Wahl zur Einschätzungskommission auf die Jahre 1919 und 1920 nicht stattzugeben, da ein gesetzlicher Ablehnungsgrund nicht vorliegt, auch sonst keine Umstände dargelegt sind, die eine Ablehnung rechtfertigen,

b) unter Beitritt zum Beschlusse der Stadtverordneten die Mittel zur Unterbringung der vom Soldatenrat für das Stadtgebiet gestellten Wachen zu bewilligen,

c) für die Unterbringung hiesiger bedürftiger Schulkinder im Rinderheim Georgenfeld für das laufende Jahr weitere 100 M. zu gewähren,

d) sämtlichen städt. Arbeitern eine einmalige außerordentliche Teuerungszulage von je 200 M. unter Einrechnung des bereits mit je 100 M. ausgezahlten Betrages zu Lasten der Anleihe zu gewähren,

e) auf Grund der Verordnung des Reichsamtes für die wirtschaftliche Demobilisierung über Arbeitslosenfürsorge vom 13. November d. J. 3000 M. aus Anleihemitteln für die Zwecke der Arbeitslosenfürsorge bereitzustellen und wegen Beschlußfassung über die Festsetzung des für die Durchführung der Arbeitslosenfürsorge zu errichtenden Fürsorge-Ausschusses die Ausführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu erwarten,

f) 4 Gesuchen wegen Stundung bez. ratenweisen Zahlung von Anliegerbeiträgen zu entsprechen,

g) in 3 Baujahren den Vorschlägen des Bauausschusses beizutreten.

Zu 2c—e ist die Zustimmung der Herren Stadtverordneten einzuholen.

### Letzte Nachrichten

#### Die Dardanellen unter britischer Kontrolle.

Im englischen Unterhause sagte Lord Robert Cecil: Die Elemente, die bis jetzt in Konstantinopel geherrscht haben, dürfen künftig nicht wieder ihren Einfluß geltend machen können, und die Dardanellen und der Bosphorus, die jetzt unter der Kontrolle der Verbündeten stehen, müßten unter dieser Kontrolle auch bleiben. — Es ist also erreicht, was seit langen Jahrzehnten von den englischen Raubpolitikern angestrebt wurde.

#### Friede und Lebensmittelversorgung.

Berlin, 23. November. „Neuwestfäl. Courant“ meldet dem „Vol.-Anz.“ zufolge aus Paris: Die Schweizerische Regierung übermittelte den Regierungen der Verbündeten und den Vereinigten Staaten eine Mitteilung der deutschen Regierung, worin erklart wird:

1) um sofortige Eröffnung von Verhandlungen über den Frieden,

2) das Zusammenetzen einer deutsch-amerikanischen Konferenz im Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten soll.

Demgegenüber wird betont, daß die Vereinigten Staaten schon die Absicht zu erkennen gegeben haben, im Zusammenhange mit den übrigen Verbündeten zu verhandeln.

#### Wilson's Reise nach Europa.

Die Ankomst des Präsidenten Wilson in Frankreich wird am 12. Dezember erfolgen.

#### Die amerikanischen Verluste.

Bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betragen die Verluste der amerikanischen Truppen nach einer Mitteilung des Generals March 52 169 Tote, 179 625 Verwundete, Gefangene und Vermißte 3323 Mann. Die letzte Zahl ist offenbar zu niedrig gegriffen.

#### Amerikaner in Luxemburg.

Luxemburg, 25. November. Am Donnerstag zogen die Amerikaner unter Glockengeläut und großen Freudenkundgebungen des Volkes in Luxemburg ein, wo sie als Freunde und Befreier empfangen wurden.

#### Das Schicksal der deutschen Flotte.

Nach einer Neutermeldung schreibt „Daily Chronicle“: „Was immer auch mit den deutschen Kriegsschiffen in Zukunft geschehen wird, wir können sicher sein, Deutschland wird sie niemals zurückerhalten.“

#### Tschechische Zwangsverwaltung.

Wien, 23. November. Aus Brinn wird berichtet, daß der Großgrundbesitz der ehemaligen Königin von Bayern bei Joaneic am 17. November in tschechische Zwangsverwaltung genommen wurde. Zum Zwangsverwalter wurde Dr. Krolup, der Direktor dieses Bezirkes, ernannt.

#### Revolution in Belgrad?

Wien, 23. November. Nach Budapest Meldungen soll in Belgrad Revolution ausgebrochen und König Peter entthront worden sein.

#### Der kroatisch-serbische Nationalrat

hat beschlossen, dem weiteren Vordringen der Italiener mit Waffengewalt entgegenzutreten.

#### Die deutschen Kolonien im Stillen Ozean.

Genf, 22. November. Aus Melbourne wird berichtet: Die australische Kammer hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, daß die deutschen Kolonien im Stillen Ozean nicht zurückerhalten werden. Eine ähn-

liche Resolution hat vor einigen Tagen bereits auch der Senat angenommen.

#### Die amerikanischen Schiffverluste.

Washington 23. November. (Reuter.) Das Handelsamt veröffentlicht den Verlust von 145 amerikanischen Passagier- und Handelsdampfern mit 354 449 Tonnen Schiffsräum durch feindliche Tätigkeit vom Beginn des Krieges bis zur Einstellung der Feindseligkeiten. 775 Menschen sind dabei umgekommen. 19 Schiffe und 67 Menschenleben gingen durch Torpedos, Minen und Geschäfte vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg verloren.

#### Wettervorhersage.

Zeitweise heiter, wärmer, keine wesentlichen Niederschläge.

Ein Scheidemann über die Rechte der Regierung. Der Volksbeauftragte Scheidemann erklärte Pressevertretern: „Es sind zurzeit Verhandlungen über die Volksgewalt im Gange, von denen ich annehme, daß sie zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Ich sehe auf dem Standpunkt und meine Freunde mit mir, daß die Regierung unter allen Umständen die Volksgewalt haben muß, und daß in diese von keiner anderen Seite eingegriffen werden darf. Eine Regierung, die fortwährend von anderen Stellen hineingeredet werden könnte, wäre vollkommen handlungsunfähig. Ich würde in einer Regierung keinen Tag bleiben, der so die Hände gebunden wäre.“

In den am Montag in Berlin beginnenden Verhandlungen mit den Vertretern der Einzelstaaten soll auch eine Uebereinstimmung über die Regierungsgewalt herbeigeführt werden.

Ein vereinfachtes Enteignungsverfahren. Der Staatskommissar für Demobilisierung hat eine Verordnung erlassen, die ein vereinfachtes Enteignungsverfahren für Grundeigentum in Fällen vorsteht, in denen von öffentlich-rechtlichen Korporationen Arbeitsgelegenheit für arbeitslose Heeresangehörige beschafft werden soll. Die Verordnung gibt dem Demobilisierungskommissar die Zuständigkeit, die Enteignung zu verfügen, ohne daß sonstige Stellen über die Zuständigkeit der Enteignung gehört werden.

Ein neues Rechtsmittelverfahren für Kriegsbeschädigte. In naher Aussicht steht die Anordnung eines neuen Rechtsmittelverfahrens für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Statt des Kriegsministeriums, dem bisher die Entscheidung oblag, sollen Spruchinstanzen in Anlehnung an die Schiedsgerichte und Organe der Arbeiterversicherung geschaffen werden. Außerdem sollen die Renten erhöht werden.

#### Amerika hilft nicht vor April.

Am Sonnabend ist der amerikanische Lebensmittelbittor Hoover in England eingetroffen. Gleichzeitig erhalten wir eine Neuimporter Depesche, daß Deutschland laut amerikanischen Feststellungen nicht vor dem 1. April 1919 die amerikanischen Lebensmittel notwendig habe.

Inzwischen erbittet eine neue deutsche Note, daß im Zusammenhange einer deutsch-amerikanischen Konferenz in Haag, die über die Lebensmittelversorgung Deutschlands beraten solle. Man wird dort Hoover, der die größten Vollmachten hat, nachweisen, wie schlimm die Lage bei uns ist.

#### Groß-Polen in Deutschland.

Die Geheimorganisation der Polen tritt ans Licht.

Die Kommissare des polnischen Volksrats haben auf den 3. Dezember einen polnischen Teilgebiets-Landtag für die preussischen Polen nach Posen einberufen. Die wesentlichen Stellen des Auftrags dieser Kommissare Adalbert Korzant, Adam Bownjanski und Adamski lauten:

„Polen! Mit vollem Vertrauen warten wir das Urteil des Friedenskongresses ab, der unter unserer Mitbeihilfe die Westgrenzen unseres Vaterlandes festsetzen wird. Genug polnisches Blut ist in diesem Kriege geflossen, darum beabsichtigen wir auch jetzt auf friedlichem Wege zu dem erwähnten Ziele — zur Bildung eines vereinigten Polens — zu gelangen. Das polnische Volk hat ein Recht, die Zurückgabe, dessen wir verlangen, was Eigentum der Nationen ist; denn das Verbrechen der Teilung ruft nach Wiedergutmachung des geschichtlichen Unrechts.“

Um ein leitendes Zentrum der polnischen Bewegung in Preußen zu schaffen, haben die polnischen Abgeordneten, der Volksgewaltsausschuß des zuvor nicht zutage getretenen bürgerlichen Zentralkomitees den genannten Kommissaren die Bildung eines obersten Volksrats aufgetragen. Zur Wahl dieses Volksrates sind alle Polen und Polinnen im Alter von mehr als 20 Jahren berufen. Die Wahlen zu diesem Teilgebietslandtag müssen bis Sonntag, den 1. Dezember, einschließlich durchgeführt sein.“

Bei der Wahl sollen die Bürgerkomitees überall aus dem Dunkel ihrer Namenlosigkeit herausreten und unter dem Namen von Kreis-Volksräten zu amtieren beginnen. Zur besonderen Aufgabe wird ihnen gemacht, die öffentliche Sicherheit aufrecht zu erhalten, mit den Arbeiter- und Soldatenräten sich zu verständigen und „polnische Vertreter“ in sie einzubringen.

Dafür, daß diese Kreis-Volksräte bereits als autonome staatliche Organe fungieren sollen, ist ferner folgende ihnen auferlegte Pflicht charakteristisch: Die Kreis-Volksräte sollen sich mit den bisherigen Behörden ins Einvernehmen setzen zur Mitwirkung der Leitung an den öffentlichen Angelegenheiten, wobei sie ihre Obhut auch auf Personen und Habe der nichtpolnischen Bevölkerung erstrecken sollen.

Wenn dieser Aufruf auf die endgültige Festsetzung der Westgrenze Polens der Friedenskonferenz zuweist, so zeigt er doch das eifrigste Bestreben, diese vor eine vollendete Tatsache zu stellen.

Die auf  
agten  
Nahr  
instig  
„Dazu  
gen. In  
ten wa  
ferde  
unter  
gen mit  
sachen  
auf re  
re glau  
wegen  
Dies all  
roch en  
ger, als  
den Ka  
legerich  
Inspruch  
roßen Indu  
rochten. W  
ist alle  
ie deutche  
rbeit e  
ntnerm  
el dem un  
erben anhe  
Der beim  
ine geringe  
igen Prodi  
bleibstand  
enigende  
ne selbst  
aus sich  
schleht  
Monate da  
glichsten  
Durch d  
bedingun  
narrich  
ungsmäßig  
lose Ri  
berhäft  
ene über  
to du  
t, N  
alverbän  
wachen  
hres W  
besamthe  
sten vor  
brauch  
aus  
Also sa  
bedingun  
schleunig  
Nahrungsm  
wahren  
Erkenntnis  
aller ent  
Innehaltun  
recht ist  
billig un  
Wangels  
der Zusam  
ängt, das  
hauptwohn  
in Aus  
nd einer  
haft der  
kündigen  
send ergän  
Neues  
Die Me  
Die F  
Kauf  
hrohendes  
berung im  
quartier  
auf  
Leiten  
zung hat  
Heeresleit  
sich die  
geschicht  
schließen.  
vergleichen  
des verhält  
ner hat  
Wünsche  
fengebr  
brädl  
Die h  
der deut  
mangelt  
Bässigkeit  
den nicht  
schlecht  
keit große  
Qualität  
Handwert  
Die  
geben ge  
Deutschlan  
kehrsm  
sich, als  
Wahl steht  
kullefern

# Hungersnot in Aussicht!

Wie kann das so möglich?

Auch bei uns hat es vielfach Befremden erregt, Deutschland nahe vor der Hungersnot stehen soll, während die frühere Regierung erklärt hatte, die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln sei bis in den Schluss des Erntejahres gesichert.

## Eine Aufklärung der Regierung.

Die zuständige Stelle im Rate der Volkswirtschaften erklärt, es habe sich gezeigt, daß früher die Nahrungsmittelversorgung Deutschlands viel zu wenig eingeschätzt worden sei:

„Dazu kommen die Folgen der militärischen Niederlagen. In den von Deutschland besetzten Gebieten des Westens waren ungefähr 1.500.000 Menschen und 300.000 Pferde untergebracht und versorgt. Die Wirtschaftstätigkeiten mit der Ukraine, im Don- und Kubangebiet verlagert nach Ansicht der damaligen Machthaber reichliche Zufuhren an Getreide und Futtermitteln. Insbesondere glaubte man auf dem See- und Donauwege große Mengen von Delfaaten und Öl heranschaffen zu können.

Dies alles ist mit einem Schläge zusammengebrochen. Aber auch die heimische Ernte ist geringer, als man sie in Rechnung gestellt hatte, namentlich bei den Kartoffeln. Dazu kommt, daß die letzten kriegsbedingten Ereignisse das rollende Material stark in Anspruch nahmen und dadurch die Winterdeckungen der großen Industriezentren mit Kartoffeln in starken Mangel versetzten. Mit dem Augenblicke des Waffenstillstandes haben sich alle Kriegsvorbereitungen auf deren Arbeitskraft die deutsche Landwirtschaft im Wesentlichen beruhte, die Arbeit eingestellt. Dadurch sind Millionen von zehntausend Kartoffeln in der Erde geblieben und es dem unerwartet früh eintretenden Frostwetter dem Verderben anheimgefallen.

Der heimische Viehbestand zeigt von Monat zu Monat eine geringere Ergänzung als im Vorjahre und sonstige Produkte. Schon seit zwei Jahren mußte in den Viehbeständen tief eingegriffen werden, um auch nur die ungenügende Fleischration aufrecht zu erhalten. Dabei kommt selbst die Milchfrage nicht gesondert vor, was sich für die Kinderernährung und die Sterblichkeit der Säuglinge bei einer auch nur noch wenige Monate dauernden Fortsetzung dieses Vorgehens die entsetzlichen Folgen ergeben müssen.

Durch den auf Grund der harten Waffenstillstandsbedingungen notwendig gewordenen überleiteten Nachschub und Rücktransport des Heeres ist eine ordnungsmäßige Verwaltung des Proviantes und dessen Abfuhr in die Heimat unmöglich geworden. Am 1. März 1918 ist die Not durch die uns ausgedehnte überfüllte Abgabe von Transportmitteln, wodurch es unmöglich ist, in dem Verkehr zwischen Lagern, Mähdreien, Nährmittelfabriken, Verteilungsstellen und Konsumverhältnissen unvermeidlich sind, ferner dadurch, daß in anderen Gegenden die örtlichen Gewalten die Versorgung ihres Wirkungsbereiches den berechtigten Ansprüchen der Gesamtheit voranzustellen, sodas bedeutende Mengen von Vorräten vorzeitig und planwidrig einem ungeregelten Verbrauch zugeführt werden.

## Ausländische Hilfe unumgänglich nötig.

Also sagt die Regierung weiter: „Durch alle diese Bedingungen ist eine Lage entstanden, in der nur die kleinmögliche Heranschaffung von ausländischen Nahrungsmitteln das deutsche Volk vor dem Hunger zu bewahren kann, selbst wenn die Landbevölkerung in Erkenntnis der drohenden Lage zur Ablieferung aller entbehrlichen Feldfrüchte und zur genauen Einhaltung der kriegswirtschaftlichen Bestimmungen bereit ist. Obwohl der zentrale Verwaltungsapparat völlig ungehindert funktioniert, so steht doch infolge des Mangels an Nahrungs- und an Transportmitteln der Zusammenbruch vor der Tür, falls es nicht gelingt, das große Versorgungsdefizit in den Hauptwohnbezirken durch rechtzeitiges Einsetzen der in Aussicht gestellten amerikanischen Hilfsaktion und einer unmittelbar einsetzenden Hilfsbereitschaft der Neutralen so auszugleichen, daß die ausländischen Zufuhren die inländischen Vorräte genügend ergänzen.“

# Neues Angreifen der Franzosen?

Die Regierung unter sagt jedes Feuergefecht.

Die Franzosen zeigen an der Westfront, wo sie im Austausch den zurückgehenden Deutschen folgen, ein drohendes Verhalten. Ihr Auftreten legt, wie Hindenburg in einem Telegramm aus dem Großen Hauptquartier schon andeutete, den Schluss nahe, daß sie auf Wiederaufnahme der Feindseligkeiten abgesehen haben. Die deutsche Regierung hat sich daher veranlaßt gesehen, an die Oberste Heeresleitung die kategorische Weisung zu richten, daß sich die Truppen unter keinen Umständen in ein Feuergefecht einzulassen haben, selbst wenn die Franzosen schießen. Unter allen Umständen soll neues Blutvergießen vermieden und die Verwüstung des Landes verhütet werden. Der Generalquartiermeister Gröner hat sofort geantwortet, daß entsprechend dem Wunsche der Reichsleitung den Truppen der Waffengebrauch gegen die Feinde nochmals ausdrücklich verboten worden ist.

Die hervorragenden Marschleistungen der deutschen Truppen werden französischerseits bewundert und bekräftigt und der Obersten Heeresleitung Vorschläge in der Räumung vorgebracht. Es werden nicht nur Betriebsmittel und Eisenbahnmateriale schlechthin gefordert, sondern auch an seine Hochwertigkeit große Anforderungen gestellt, obwohl über die Qualität der geforderten Gegenstände im Waffenstillstandsvertrag nicht das Mindeste gesagt ist.

Die Franzosen versuchen ihr drohendes Vorgehen gegen Deutschland damit zu rechtfertigen, daß Deutschland nicht rechtzeitig genügend Verkehrsmittel abgeliefert habe. Sie gebärden sich, als ob sie nicht wüßten, daß Deutschland vor der Wahl steht, entweder überfüllt die Verkehrsmittel auszuliefern und dadurch das Volk einer Kohlen- und

Hungersnot zu überliefern, oder die Fristen für Ablieferung der Verkehrsmittel zu strecken, unter Berufung darauf, daß infolge höherer Gewalt der Vertrag in diesem Punkte nicht gehalten werden kann. Wenn die Franzosen sich darauf berufen, daß die Deutschen auf die Wichtigkeit dieses Punktes schon bei den Verhandlungen im Walde von Compiègne hingewiesen worden seien, so ist zu erwidern, daß in einem formellen Protokoll die deutsche Delegation schon damals die Unmöglichkeit einer völlig klagenlosen Erfüllung dieser Forderung auch bei bestem Willen betont hat.

Die Franzosen entpuppen sich immer mehr als die geschäftigsten unter unseren Gegnern. Ohne alle Rücksicht auf die Zivilbevölkerung wollen sie aus Deutschland möglichst viel Beute herausholen, die Reichseinheit zertrümmern und das Land der Anarchie überliefern.

# Zwischen Arien und Friesen.

Die letzten Räumungsabmachungen.

Für die Räumung im Westen gilt folgendes: Am 27. 11. 18. 12 Uhr mittags müssen Luxemburg, Saarbrücken, ganz Elsaß-Lothringen geräumt sein; am 1. Dezember, 12 Uhr mittags, das Gebiet bis zur Linie südwestlich Nachen—belgisch-deutsche Grenze; am 5. 12. müssen die Gegenden westlich vom Rhein, von holländischer Grenze bis Düsseldorf, Ertel, die westlichen Teile der Eifel, des Hunsrück und der Pfalz, Speyer geräumt sein; am 9. 12. müssen unsere Truppen den nördlichen Rhein bis Remagen überschritten haben; schließlich bis 13. 12. 12 Uhr mittags, muß der Rest westlich des Rheins zwischen Remagen und Worms sowie das Gebiet östlich des Rheins, nämlich die Brückenköpfe der neutralen Zone, geräumt sein.

Die Truppen der Entente werden jedesmal nach Ablauf der Frist in das geräumte Gebiet einrücken. Um die ordnungsmäßige Uebergabe der betr. Zone zu erleichtern, ist jedoch folgendes vereinbart: Die Heeresgruppen bzw. A.D.R.'s werden mit den gegenüberstehenden Kommandostellen der Entente in Verbindung treten und die Befehle größerer Städte, Bahnhöfe und anderer Punkte schon vor dem Zeitpunkt, an dem die übrigen Truppen der Entente einrücken, vereinbaren.

## Der Papst für die Friedensbeschleunigung.

„Daily News“ erfahren aus Rom, daß der Papst den Prälaten Terretti nach den Vereinigten Staaten gesandt hat, angeblich um ihn bei dem Jubiläum des Kardinals Gibbons zu vertreten, in Wirklichkeit aber um einen eigenhändigen Brief des Papstes an Wilson zu bringen. Er verkundet, daß der Brief mit den Versuchen Wilsons zusammenhängt, den Frieden zu beschleunigen. Der Papst erkennt diese Versuche in seinem Schreiben dankbar an.

## Die Uebergabe der U-Boote.

Neuer berichtet über die Uebergabe der deutschen Tauchboote:

Strenge Höflichkeit auf Seiten der Engländer und ein unterdrücktes mürrisches Wesen der Deutschen kennzeichnete die Uebergabe der Tauchboote. Vizeadmiral Tyrwhit hatte jede Rundgebung verboten, ebenso wie jeden Versuch der Verbrüderung. Taufende von Zuschauern hatten sich auf dem Kai von Harwich eingefunden, als die Schiffe den Fluß hinauffahren und bei Parkeshoufe vor Anker liefen. Die Deutschen gingen an Land und wurden an Bord eines Torpedoboots gebracht, der sie zu ihrem Transportwagen brachte. Mit diesem traten sie die Heimreise an.

## Die Grundzüge für die Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen

sind nach den Vereinbarungen mit Hoch folgendes: Die Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen, die in Holland und der Schweiz interniert sind, wird wie bisher weitergehen. 2. Alle zugunsten der Kriegsgefangenen während der Dauer des Krieges geschlossenen Verträge (Behandlung, Verpflegung, Beschäftigung der Kriegsgefangenen, Sonntagsruhe usw.) bleiben für die deutschen Kriegsgefangenen unverändert in Kraft. 3. Die Zurückführung der deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat wird bei Abschluß des Präliminarfriedens geregelt werden.

Nachdem die Station Nachen aufgelöst ist, kommen jetzt Austauschgefangenen aus England über Holland in das Heimkehrlager Bremen, von wo sie in die Heimat entlassen werden.

## Gefangennahme deutscher Truppen im geräumten Gebiet.

Wie wir erfahren, sind am Donnerstag größere Bestände durchmarschierender deutscher Truppen von der Entente zu Gefangenen gemacht worden. Insbesondere die Franzosen verfahren in rigoroser Weise, während sich die Amerikaner viel entgegenkommender und verständiger zeigen. Beispielsweise wurde in Schlettstadt (Elsaß) eine starke deutsche Truppe zu Gefangenen gemacht, noch bevor die Stunde der Abfahrt, wo sie das Land verlassen mußte, da war.

## Ein deutsches Regiment interniert.

Marshall Hoch veröffentlicht folgende drahtlose Mitteilung: Das französische Oberkommando stellt fest, daß französische Kavallerie am 21. November in Gros Bois in Luxemburg, 40 Kilometer westlich von Dietrich ein deutsches Infanterie-Regiment vorgefunden hat. Da dieser Ort bereits am 21. November geräumt sein mußte, so mußten die dort vorgefundenen deutschen Truppen interniert werden.

## Schlanc Pläne.

Es liegen jetzt eine ganze Reihe von Meldungen vor, die erkennen lassen, daß die in Deutschland wohnenden Polen unter der Führung des polnischen Volkstrates und seines Vorsitzenden, Prälat Adamski, mit aller Bestimmtheit erklären: Deutschland hat von uns keine Ansprüche zu verärgern, und wir werden es auch pflichtgemäß mit den bei uns überflüssigen Lebensmitteln und Kohlen versorgen.

Indem die Polen sich so als Ordnungspartei erweisen wollen, verfolgen sie das Ziel, vor der Entente den Nachweis zu erbringen, daß die Einbeziehung der in der Mehrheit von Polen bewohnten deutschen Gebiete in das zukünftige Polen eine Handlung staatsmännischer Klugheit sei, da die Polen den Befähigungsnachweis als Ordnungspartei ja erbracht hätten.

Dieser Sachlage entspricht die neueste Meldung, daß die Polen sich damit einverstanden erklärt haben, die deutschen von ihnen abgesetzten Landräte wieder einzusetzen. Nur einer ist ausgenommen, dessen geringere Eignung für diesen Posten unbestreitbar ist. Ein Zugeständnis, das die Polen verlangen, ist die Fernhaltung aller nicht bodenständigen Truppen. Es verlaugt, daß ihnen in diesem Punkte entgegengekommen wird.

Die Meldung von den auf den 3. Dezember angesetzten Wahlen für einen polnischen „Teilgebietslandtag“ erfährt folgende Aufklärung:

„Diese Wahlen sollen dem Volkstrat, der bisher kein ausdrückliches Mandat der polnischen Bevölkerung besitzt, ein solches verschaffen. Sie beziehen sich nicht auf bestimmte Gebiete, sondern auf alle in Deutschland wohnenden Polen, soweit sie in polnischen Vereinen organisiert sind. Der Zweck des „Teilgebietslandtags“ ist es nicht, vorzeitige staatsrechtliche Entscheidungen zu treffen.“

Aus all diesen Meldungen und der ganzen Lage geht hervor, daß die Polen bezüglich ihrer Forderung der Abtretung der überwiegend mit Polen bewohnten deutschen Gebiete in einer günstigen Lage sind. Das Deutsche Reich, das sich die schmerzhafteste Verkleinerung im Südwesten wird gefallen lassen müssen, steht auch im Osten vor einer kaum mehr abzuwendenden Verkleinerung.

## Neuer Aufruf gegen Plünderungen.

Die Regierung erklärt folgenden Aufruf: „Die Verpflegung des Feldheeres auf dem Rückmarsch ist durch Plünderungen von Verpflegungsmagazinen und Verpflegungsmagazinen aufs äußerste bedroht.“

Heimat und Heer werden dringend aufgefordert, mit allen Kräften solche Vorkommnisse zu verhindern, da sonst ein Zusammenbruch der Verpflegung mit schlimmsten Folgen unausweichlich wäre.

Plünderungen oder Versuch einer solchen hat schwere Strafe zur Folge.“

## Päpstliche Bemühungen bei der Entente.

Laut der „Aöln. Volkszeitung“ hat nach einer Meldung des Kardinal-Staatssekretärs der Papst auf die Bitte des Kardinals v. Hartmann vom 14. November d. J. wegen Verpflegung des Rheinlandes mit Lebensmitteln sowohl beim amerikanischen und französischen Episcopat wie auch bei der englischen Regierung folgende entsprechende Schritte getan. Auch schon vorher hatte der Papst beim Präsidenten Wilson sich um Milderung der Waffenstillstandsbedingungen und um Beschaffung von Nahrungsmitteln für Deutschland bemüht.

## Ein „n Schandenerfah für die U-Boot-Verluste.“

an die Feinde hat der verstorbene Generaldirektor Wallin von der „Havag“ in einer Denkschrift behandelt, die sehr trübe Aussichten eröffnet. Diese Denkschrift steht als Grundlage vor, daß Deutschland seine Handelsflotte zur freien Verfügung behalten soll. Dafür würde Deutschland auf Grund bestimmter Vereinbarungen bezüglich der Preise und Lieferfristen für eine bestimmte Zeit ausschließlich für die Handelsflotte der Entente und insbesondere für England bauen. Das Bauprogramm stützt sich auf einen bis ins einzelne gehenden Verteilungsplan. Abmachungen über eventuelle Charterung deutscher Schiffe für die Lebensmittellieferungen der Entente würden davon nicht berührt werden.

Der neuen Regierung ist das Projekt übermittelt worden, und es haben bereits Beratungen darüber stattgefunden. Angeblich soll die deutsche Regierung im allgemeinen den Entwurf Wallins auch zu dem übrigen gemacht haben.

Wenn unser Schiffsbau herbeischaffen soll, was die U-Boote im unbeschränkten U-Bootkrieg versenken haben, dann brauchen sie neben den unvermeidlichen Ergänzungen und Ausbesserungen der eigenen Schiffe mindestens 5 Jahre dazu.

## Die Fronttruppen kommen über den Rhein.

Am Freitag kamen die ersten geschlossenen Truppen von der Front über den Rhein. Sie benutzten die bekannten Brücken, es waren aber noch besondere Pontonbrücken geschlagen, so bei St. Goar und im Rheingau. Die Regimenter marschierten mit Musik. Sie sind in vorzüglicher Stimmung. Rote Fahnen kennt man nicht mehr bei ihnen. Es herrscht musterhafte Ordnung. Die Durchzüge dauern nunmehr Tag und Nacht in unverminderter Stärke an.

Ein Stimmungsbericht aus Aöln erzählt über die Ankunft der ersten geschlossenen Division der 6. und 17. Armee: Man sieht Doppelkolonnen, die in den Anfahrtsstraßen vor der Stadt übernachtet haben, zahlreiche mit Ochsen bespannte Gemüsemägen, Fußtruppen usw. Die aufgestellten Vorposten weisen den einzelnen Truppenteilen den Weg in die Stadt. Der Verkehr der elektrischen Straßenbahnen ist eingestellt. Die Schulen sind geschlossen. In den Vororten hat man Verpflegungsstellen für die Heimkehrenden eingerichtet. Gulaschkanonen sind aufgestellt und auf offener Straße schälen Damen Kartoffeln, kochen Kaffee, Bräue und dicke Suppen. Die ankommenden Krieger sehen alle gesund und vergnügt aus. Die Strazzen sind vergeressen. Eingend schreien sie über die Strazzen, vorbei an den fahnen geschmückten Häusern und Ehrenforten weiter hinein in die Heimat. Überall finden sie Blumen auf ihren Wegen. Im strahlenden Blau der Luft schwebt der prächtige Flieger über seinen marschierenden Kameraden und umkreist die ihm fröhlich zuwinkenden Mannschaften.

## Hoch lehnt die Milderung der Waffenstillstandsbedingungen ab.

In der am Sonnabend stattgefundenen Plenarsitzung der Waffenstillstandskommission teilte General

Kudant mit, daß Marshall Foch die in dem Schreiben der deutschen Waffenstillstandskommission erbetenen Änderungen der Waffenstillstandsbedingungen — insbesondere eine Verlängerung der Räumungsfristen — abgelehnt habe, und zwar ohne irgend welche Begründung für diese Ablehnung zu geben. Als darauf nochmals an der Hand der Karte und unter Angabe von Zahlen ausgeführt wurde, daß es technisch undurchführbar sei, in den festgesetzten Fristen eine Armee von über 3 000 000 Mann in Ordnung auf den schlechten und engen Straßen über die wenigen Rheinübergänge zurückzuführen, erklärte General Kudant, daß er derartige Mitteilungen künftig nicht mehr entgegennehmen werde. Die Schwierigkeiten seien wohl bekannt, die Fristen seien aber unabänderlich. Die Lage sei nun einmal so und nicht anders.

**Das Eingreifen der Entente in Südrussland.**  
Die Ententemächte haben einen Aufruf an die Bevölkerung Südrusslands veröffentlicht, in dem bekannt gemacht wird, daß sie ihren Einzug in Südrussland vorbereiten, um in Südrussland wieder die Verfassungsrechte einzuführen, die Machthaber des Bolschewismus nicht zu machen und die Bolschewisten und ihre beteiligten Horden vogelfrei zu erklären. Die Ententemächte erkennen in Russland nur die gegen die Bolschewisten kämpfenden Truppen an. Als solche werden die Freiwilligen-Regimenter und die Kosaken-Armeen angesehen. Von allen anderen Organisationen verlangt die Entente die Herausgabe der Waffen.

## Die Regierung gegen jede Diktatur.

„Solidarische Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

Auf ein Telegramm des hessischen Staatsministers Ulrich, in dem dieser namens der hessischen Regierung bei der Reichsregierung schärfsten Protest gegen die Ausschaltung der Einzelstaaten und gegen die Nichtberücksichtigung dieser Staaten durch den Erlass von Befehlen und Verordnungen erhob und unter allen Umständen schleunigste Einberufung der Nationalversammlung verlangte, hat der Volksbeauftragte Ebert im Namen der Reichsregierung folgende Antwort erteilt:

„Durch ihre Einladung der Einzelstaaten zu einer Konferenz in Berlin hat die Reichsregierung zum Ausdruck gebracht, daß sie weit entfernt ist, die Einzelstaaten auszuschalten, vielmehr auf engste Zusammenarbeit mit ihnen an der Wiederaufrichtung des Reiches Wert legt. Sie steht in der Nationalversammlung ebenfalls das vornehmste Mittel zur Erreichung dieses Zieles. Sie strebt nicht nach der Diktatur einer Stadt, oder eines Bundesstaats, sondern nach der solidarischen Demokratie eines einheitlichen Deutschlands.“

Vos von Berlin.

Dieser Ruf ertönt gleichzeitig von allen Seiten. Voran ging Süddeutschland, die Wasserlande von Hamburg bis Emden und ganz Rheinland folgte. Nirgendwo ist man gewillt, den Berliner Arbeiter- und Soldatenräten mit dem Volksgewalt an der Spitze das Recht zuzugestehen, nach Gutdünken für ganz Deutschland gültige Verfügungen zu erlassen. Mit dem Ruf: „Vos von Berlin!“ verbindet sich vielerorts der andere: „Hin nach Frankfurt a. M.“ Man würde dieses in weitesten Kreisen als Hauptstadt des neuen Deutschland vorziehen.

Tennoch eine rote Armee?

Im Volksgewalt des Arbeiter- und Soldatenrates wird zurzeit der Plan für die Bildung einer deutschen sozialistischen Armee ausgearbeitet. Nach den aufgestellten Richtlinien soll die Armee in Mannschaften und Führer zerfallen, wobei die Führer gewählt werden. Für den Dienst ist militärische Disziplin vorgeschrieben. Der Gruß soll das Zeichen kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit sein. Vorgesetzte werden nicht mehr in der dritten Person angevedet. Die alten Reichs- und Landesfarben werden als Abzeichen des bisherigen militärischen Staates abgeschafft. An ihre Stelle tritt die rote Kolarde als Abzeichen der sozialistischen Republik. Uniformen und Degnen fallen als Abzeichen einer früheren Rang- und Klassenordnung ebenfalls fort. Die Führer tragen unterschiedslos die gleiche Bekleidung, bestehend aus Bluse, Rock und Mantel. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Auch die gewählten Führer dürfen das Abzeichen ihres Ranges nur im Dienste tragen. Dieses Abzeichen besteht aus einer roten Binde. Gruppenführer tragen die rote Binde ohne Streifen, Zugführer mit einem schwarzen Streifen, Kompanieführer mit zwei schwarzen Streifen und Bataillionsführer mit drei schwarzen Streifen.

**Kleine Wohnung** an einzelne Personen zu vermieten. Zu erfragen Freiburger Str. 236.

Eine schöne **Wirtschaft** von 25—35 Scheffel Land zu kaufen gesucht. Angeb. unter M. L. an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Ein **Harmonium**, Konzert- und Streichzither zu verkaufen. Alberndorf 15b. Bonnhofs Waidmannsruh.

Ein gut erhaltenes **American** zu verkaufen. **Saltzhof Hirschbach.**

Suche für Neujahr einen **Pferdeknecht** 15—16 Jahre, und ein kräftiges, anständiges **Mädchen**, welches Melken kann. Wo, zu erfragen in der Geschäftsstelle ds. Blattes.

Zu kaufen gesucht wird eine **kleine Wirtschaft** (25 bis 30 Scheffel groß) Angebote an die Geschäftsstelle der „Mögl. Nachr.“ in Glasbütte (Sa.) erbeten.

**Frauenverein** Dienstag im Bahnhof.

## Maurer- und Zimmerlehrlinge

nimmt an **Baugesellschaft Arthur Rißke.**

**Die Zwangsversteigerung** des Kohlen- und Fuhrgeschäfts früher Hans Pöschel in Dippoldiswalde findet Donnerstag den 28. November nachmittags 3 1/4 Uhr im Amtsgericht hier statt.

**Kauf**  
**Schlacht-**  
**pferde**

zum Höchstpreis  
**P. Vieber,**  
**Koßschlächtere**  
Dippoldiswalde, Freiburger  
Straße 237, Telefon 97.  
Bin bereit, bei Kranken  
Pferden zu wachen.  
Bei Koßschlachtungen bin ich  
mit Transportwagen schnell-  
stens zur Stelle.  
Empfehle mich als  
**Pferdescherezer.**

**Schlacht-**  
**pferde**  
kauft zum Höchstpreis  
**Herrn. Scharfe.** Tel. 80.  
Im Notfall sof. zur Stelle.  
Nachkillingel vorhanden!

Suche sofort ein  
**Schuppen-**  
**grundstück**  
zu kaufen. Angebote unter  
H. L. an die Geschäftsstelle  
ds. Bl. erbeten.

**Freibank.**  
Dienstag von 4 Uhr ab  
Verkauf von Rindfleisch. Die  
Marken sind bis 2 Uhr in  
der Woche zu holen.

**7000 Mark**  
als 2. Hypothek auf kleine  
Landwirtschaft m. Rest. sofort  
zu leihen gesucht. Off. unter  
Z 8. a. d. Geschäftsstelle d. Bl.

Ein großer Polier, solide,  
dauerhafte  
**Leiterwagen**  
ist eingetroffen. Ich empfehle  
diese in zwei Größen.  
**Carl Rißke,**  
Herrenstraße.

**Garant. reiner Nachttabak**  
eingetroffen. **Drogerie Schmiedeberg.**

Die größte Auswahl in  
**Häcksel- und  
Grünfütter-**  
**Maschinen**  
für Hand- und Kraftbetrieb  
finden Sie bei  
**Max Knauth, Bischofswerda i. Sa.**  
Landw. Maschinenhalle  
Fernsprecher 168 Am Mühlteich 4

**Berückten Wacholderjaft**  
empfehlen **Drogerie Schmiedeberg.**

Nach kurzer schwerer Krankheit verschied Freitag  
früh 3 Uhr meine liebe Frau, unsere gute, treu-  
sorgende Mutter, Tochter und Schwester  
**Hulda Wieninger, geb. Glöckner**  
Reichstädt. In tiefer Trauer  
Franz Wieninger, z. Z. im Felde.  
Beerdigung Dienstag 2 Uhr von der Halle aus.

## Heirats-Gesuch.

Junger Landwirt (32 J.)  
sucht auf diesem Wege behufs  
Heirat die Bekanntschaft eines  
für die Landwirtschaft geeig-  
neten Mädchens (im Alter bis 30 J.),  
junge Witwe nicht ausge-  
schlossen. Einheirat in eine  
Wirtsch. willkommen. Ernst-  
gemeinte Off. möglichst mit  
Photogr. bitte an die Ge-  
schäftsstelle der „Mögl. Nach-  
richten“ in Glasbütte zu  
senden. Gegen-Phot. steht  
ebenso zur Verfügung. Gegenfeit.  
Verschwiegenheit Bedingung

Dienstag 9 Uhr  
**Fleisch**  
371—510; um 11 Uhr

**Schmer**  
321—420.

Mittwoch 1 Uhr  
**Fleisch**  
1—120.

Donnerstag 4 Uhr  
**Fleisch**  
121—240.

**Koßschlächtere**  
**Paul Vieber.**

*L. von Mohr*

Der Fortbildungskursus  
beginnt am Dienstag den  
26. November abends 8 Uhr  
in der Bürgerschule, der  
Redehrist- und der An-  
fängerkursus nächsten Frei-  
tag den 29. November abends  
8 Uhr in der Bürgerschule.  
Die Damen und Herren,  
die sich zu dem Anfänger-  
kursus gemeldet haben,  
werden gebeten, nächsten  
Freitag in der Bürgerschule  
zu erscheinen.  
**Knuthardt, Vorsitzender.**

## Todesanzeige.

Am 24. d. M. verschied sanft meine liebe Frau,  
unsere gute Mutter, Groß- und Schwiegermutter  
**Frau Marie Zschocke.**  
Um stillen Beileid bitten  
die tieftrauernden Hinterbliebenen.  
Lippoldswalde, Rebesgrün, Niederpoyritz  
und Dresden.  
Die Beerdigung findet Mittwoch den 27. d. M.  
vom Trauerhause aus statt.

## Todesanzeige.

Allen lieben Verwandten, Freunden und  
und Bekannten die traurige Nachricht, daß  
am Sonnabend abend 1/2 11 Uhr unsere her-  
zensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter  
**Christiane verw. Püschel**  
im Alter von 74 Jahren nach kurzer, schwerer  
Krankheit sanft entschlafen ist.  
Johannsbach, den 24. November 1918.

Die tieftrauernden Kinder:  
**Selma Püschel,**  
**Bernhard Püschel,**  
**Frieda Schwenke, geb. Püschel,**  
**Max Schwenke**  
und Enkelkinder.

Die Beerdigung findet nächsten Donnerstag  
nachmittag 1/2 3 Uhr statt.

## Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Allen lieben Verwandten, Freunden  
und Bekannten die traurige Nachricht, daß  
am Sonnabend meine liebe Frau, unsere  
gute Mutter, Schwester und Tante, Frau

**Emilie Bertha Richter**  
geb. Grumpelt

nach schwerer Krankheit sanft entschlafen ist.

Randorf, am 24. November 1918.

Im tiefsten Schmerze:

**Karl Richter und Kinder,**  
nebst allen Hinterbliebenen.

Die Beerdigung erfolgt Mittwoch nach-  
mittag 2 Uhr vom Trauerhause aus.



## Statt Karten.

Für alle Liebe und Teilnahme beim  
Seldentode unseres innigstgeliebten Sohnes  
und Bruders, des Gefreiten

**Bruno Laubert**

legen wir hierdurch unsern herzlichsten, tief-  
empfundnen Dank. Wir danken auch herzlich  
der lieben Jugend und dem Frauenverein  
von Ripdorf für die Liebe und Berehrung  
bei der kühnen Gedächtnisfeier durch  
Niederlegen der herrlichen Kranzpenden.  
Ganz besonderen Dank Herrn Pastor  
Wetter für die tröstlichen, zu Herzen  
gehenden Worte, sowie Herrn Rischschul-  
lehrer Hülshenreuter mit seinem Chor für  
den erhebenden Gesang.

Ripdorf. **Familie Laubert.**